



KRIMINAL- PRÄVENTION *in rheinland-pfälzischen Städten und Gemeinden*

Kommunale Kriminalprävention in Theorie und Praxis

Situationsbeschreibung & Neue Wege am Beispiel des Landkreises Kaiserslautern

Stand: 30.11.2016

Ausgangssituation

Kommunale Kriminalprävention

=gemeinsame Aktivitäten staatlicher und nicht-staatlicher Akteure + der Bürgerschaft auf lokaler Ebene

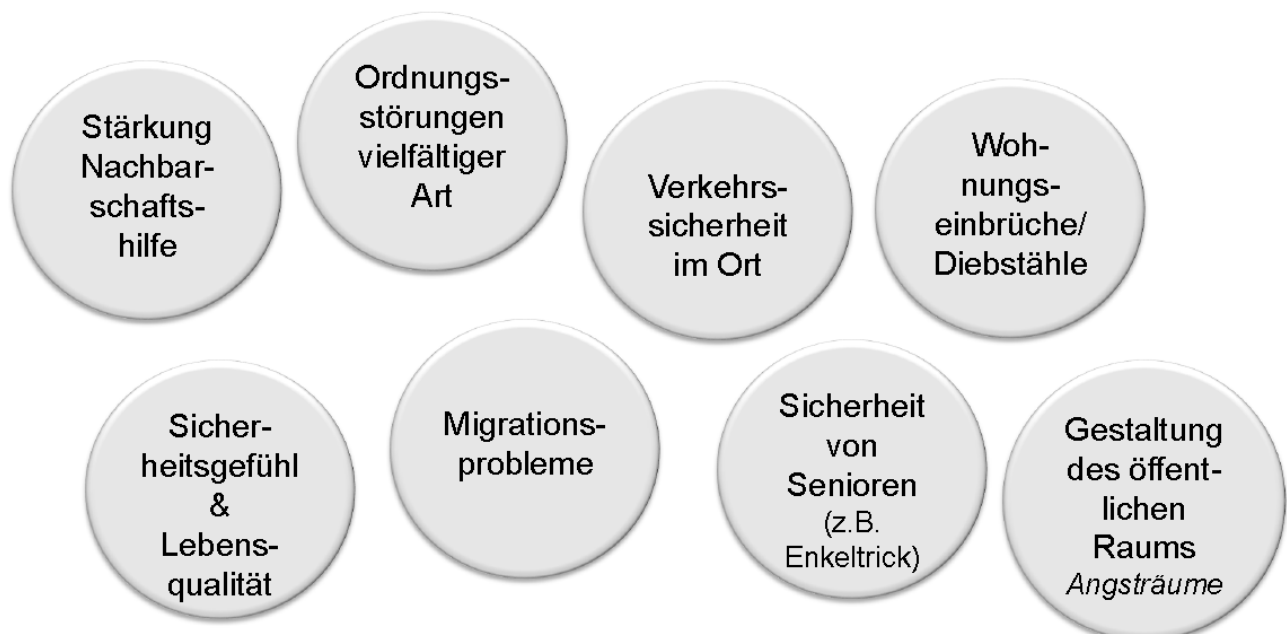
=gesamtgesellschaftliche Querschnittsaufgabe

=Kriminalitäts- und Ordnungsprobleme entstehen im lokalen Kontext und werden dort frühzeitig sichtbar

Ziel:

Reduzierung von Kriminalität und Kriminalitätsfurcht

Beispiele für lokale Problemstellungen rund um „Sicherheit“



- Zwar existieren bei den meisten Verbandsgemeinden des Landkreises Kaiserslautern jeweils Kriminalpräventive Räte, diese sind jedoch teilweise inaktiv bzw. tagen eher unregelmäßig.
- Initiativen werden oftmals von der Polizei gestartet und auch umgesetzt.
- Auswahl von Themen orientiert sich nicht immer am Bedarf.
- Methodisches Vorgehen ist eher weniger erfolgsversprechend.
- Kommunen haben oftmals andere Schwerpunkt und Aufgaben im Vordergrund; Hinweis auf begrenzte Personalressourcen.



Mögliche Gründe:

- Kommunale Führungswechsel
- Personalveränderungen
- Mangelnde strukturelle / inhaltliche Verankerung in den Gemeinden
- Geringer Organisationsgrad
- Dominanz staatlicher Akteure?
- Personal-/Zeitdefizite?

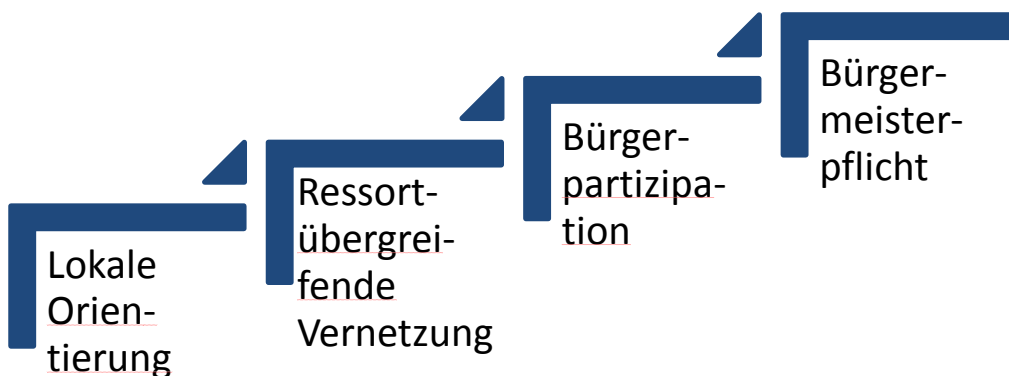


Andererseits:

Gemeinsame kommunale Kriminalprävention ist wichtiger denn je. Impulse und Praxis können erfolgreich nur gemeinsam vor Ort erfolgen.

Die demografische Entwicklung im Landkreis Kaiserslautern, die mit der Zuwanderung verbundenen Herausforderungen, der Multikulturalismus, die Sicherheitsbelange der Senioren und die Erfordernisse der Jugend u.v.a.m. lassen eine Neuausrichtung der kommunalen Kriminalprävention sinnvoll erscheinen.

Gelingsbedingungen der kommunalen Kriminalprävention



Lösungswege

Vor dem Hintergrund einer eher vorhandenen Passivität der kriminalpräventiven Gremien erscheint es zielführend, dieses Thema erneut aufzugreifen. 2013 fand erstmals ein Erfahrungsaustausch mit Vertretern des Landkreises und der Verbandsgemeinden zu diesem Thema statt. Insofern handelt es sich um eine Fortsetzung.

Eine Möglichkeit, um die jeweiligen Aktivitäten erfolgreicher zu gestalten, besteht in einer Organisationsanpassung der kommunalen Kriminalprävention derart, dass auf Kreisebene stärker koordiniert / gebündelt / gesteuert wird.

Das Polizeipräsidium Westpfalz schlägt vor, die Kommunale Kriminalprävention zumindest in Form eines Pilotprojektes auf Ebene des Landkreises Kaiserslautern zu implementieren und dort ein Steuerungs- und Koordinierungsgremium einzurichten.

Vorteile:

A. Steuerungs-/Koordinierungskreis Kriminalprävention

- Die lokale Kriminalprävention erhält eine einheitliche Struktur mit einer einheitlichen strategisch-konzeptionellen Ausrichtung.
 - Es sollte daher ein Steuerungsgremium der kommunalen Kriminalprävention auf Kreisebene eingerichtet werden.
- Die oftmals als Grund für die Inaktivität der KPR vorgebrachten personellen Vakanzen und Engpässe auf kommunaler Ebene könnten ausgeglichen werden.
- Viele der für die Kriminalprävention bedeutenden Netzwerkpartner sind an die Kreisverwaltungen angebunden. Beispielhaft:
 - Ausländeramt / Beirat für Migration und Integration
 - Jugend- und Sozialamt / Jugendhilfeausschuss
 - Beirat für ältere Menschen / Leitstelle Älter werden
 - Sozialamt / Sozialausschuss

B. Einrichtung von Polizeibeiräten als Bindeglied zwischen Polizei und Verwaltung als Alternative

- Die Einrichtung von Polizeibeiräten ist ein wesentlicher Bestandteil der verstärkten Bemühungen zur Bürgerbeteiligung
- Im Landkreis Kusel wird künftig ein solcher Polizeibeirat implementiert
- Durch die Anhebung der Kriminalpräventiven Gremien auf Kreisebene wären diese auf gleicher Ebene wie die Polizeibeiräte angesiedelt (wobei die Schnittstellen zwischen beiden Gremien noch zu definieren sind)
- Letztlich ist ein Imagegewinn für den Landkreis und die Kommunen zu erwarten.

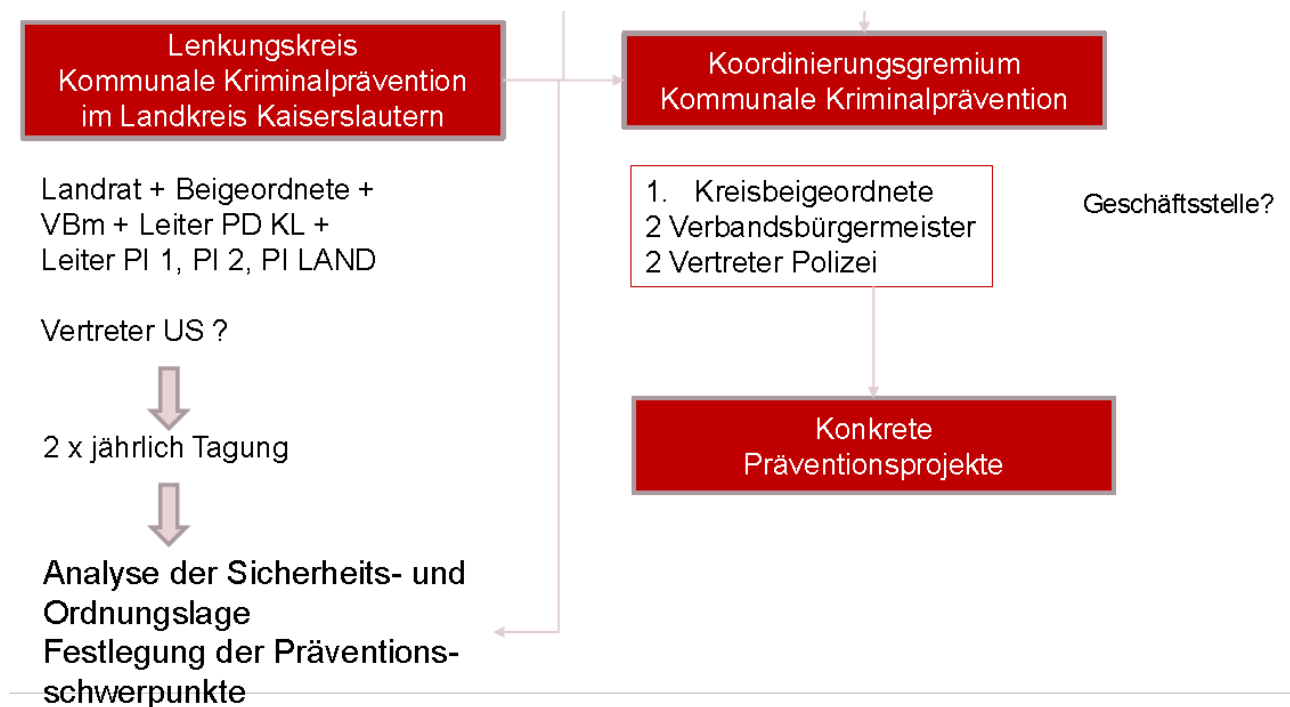
Präferenz: Lösungsalternative, da einfacher und unkomplizierter umzusetzen. Nach einer entsprechenden Erfahrungszeit, kann in 1-2 Jahren immer noch ein Polizeibeirat installiert werden, der die Koordinierungsfunktion übernimmt. Das wäre jedoch gesondert zu prüfen.

Vorgehensweise:

Sofern die Neuorganisation auf Zustimmung stößt, könnte eine gemeinsame kleinere Arbeitsgruppe aus Vertretern der Polizei und des Landkreises/der Kommunen die Regularien konkretisieren.

Eine Beschlussfassung könnte in der ersten Kreistagssitzung 2017 erfolgen mit dem Ziel, einen zweijährigen Pilotversuch in der ersten Jahreshälfte 2017 zu starten.

Modellvorschlag für eine Struktur der kommunalen Kriminalprävention im Landkreis Kaiserslautern



Begleitende / Vorbereitende Informationsveranstaltungen:

- Präsentation in der >Sitzung der GStB-Kreisgruppe Kaiserslautern am 30.11.2016
- Präsentation beim Sicherheitsforum Westpfalz am 1.12.2016
- Information in der Kreistagssitzung am 7.12.2016 zur Vorbereitung einer Beschlussfassung.